

Österreich: Gestern und Heute

„Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut“

Über Dollfuß' Versuche, mit den Nationalsozialisten ins Geschäft zu kommen

VON KURT BAUER

Am 23. Februar 1933 erschien auf der Titelseite der „Deutschösterreichischen Tages-Zeitung“ (kurz „Dötz“) ein langatmiger Beitrag des „Landesinspektors“ der österreichischen Nationalsozialisten, Theo Habicht. Unter der Schlagzeile „Reichshilfe für Österreich?“ ging es um die von verschiedenen Seiten aufgeworfene Frage, ob nicht angesichts der aktuellen Probleme mit Frankreich (Stichwort: Hirtenberger Waffenaffäre) „das Reich“ helfend einspringen und Österreich aus seiner finanziellen Notlage (Stichwort: Lausanner Anleihe) befreien könnte. Die Antwort Habichts: Erstens dürfe kein Kabinett unter Ausschluss der NSDAP diese Hilfe erwarten, zweitens müsse es sofortige Neuwahlen in Österreich geben.¹ Was steckte dahinter? Aus ungarischen Quellen ist bekannt, dass Bundeskanzler Dollfuß dem gerade an die Macht gekommenen Reichskanzler Hitler angeboten hatte, zukünftig eine Außenpolitik in Einklang mit „gesamt-deutschen Interessen“ zu führen, sofern Deutschland die französische Quote der noch nicht ausbezahlten Völkerbundanleihe übernehmen würde. Als Mittelsmann war der Rechtskatholik Franz von Papen aufgetreten, der in der Geschichte des „Anschlusses“ noch eine ominöse Rolle spielen sollte. Hitler reagierte reserviert: Dollfuß habe zurückzutreten, ein Übergangskabinett sei zu bilden, Neuwahlen müssten ausgeschrieben werden.²

Trotzdem versuchten verschiedene Protagonisten der in der österreichischen Regierung vertretenen Parteien im Laufe des Frühjahrs 1933 weiterhin, mit der NSDAP ins Gespräch zu kommen. Im Gegenzug wurden prominente Nationalsozialisten oder diesen nahe stehende Persönlich-

keiten aktiv, um eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten einzufädeln. Diese verdeckten Verhandlungen, über die nur wenige Dokumente und gesicherte Berichte vorliegen, sind in der reichhaltigen Fachliteratur über das Jahr 1933 bestenfalls am Rande erwähnt und abgehandelt worden.³ Dabei lässt sich mit gutem Grund vermuten, dass die im Hintergrund laufenden Bemühungen entscheidenden Einfluss auf den Gang der Ereignisse ab März 1933 und auf die Eskalation des Verhältnisses zwischen Regierung und Nationalsozialisten ab Mitte Mai 1933 hatten.

„Jeder Mitkämpfer ist willkommen“

Am 24. März 1933 sprach das christlichsoziale Organ „Reichspost“ in einem Leitartikel von einem „anderen Hitler“. Dessen Rede vor dem Reichstag am 23. März hätte man auch einem „deutschen Staatsmann der Mitte“ zuschreiben können. Eine deutliche „Abkehr vom Radikalismus“ sei darin zu erkennen gewesen; in der „Anschlussfrage“ habe Hitler sich ebenfalls „Zurückhaltung“ auferlegt.⁴ Die solcherart gepriesene Rede hatte Hitler anlässlich der Beschlussfassung des „Ermächtigungsgesetzes“ am 23. März 1933 gehalten, dem entscheidenden Schritt zur Durchsetzung der uneingeschränkten nationalsozialistischen Herrschaft. Ab nun konnte die nationalsozialistische Regierung ohne Zustimmung des Parlaments und ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten Gesetze erlassen. Nach der Ausschaltung der KPD war einzig die SPD in einem Klima unverhohlener Drohungen dagegen



Der große und der kleine Kanzler

Nationalsozialistische Propagandapostkarte, 1933/34

aufgetreten. Geködert durch die Aussicht auf ein attraktives Reichskonkordat hatten auch die den österreichischen Christlichsozialen nahe stehenden katholischen Parteien Zentrum und Bayerische Volkspartei für das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ gestimmt.

Wenige Tage später, am 1. April 1933, führten die Nationalsozialisten eine reichsweite Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte, Arzt- und Anwaltspraxen durch – ein Ereignis, das den Anfang der staatlich organisierten Judenverfolgung in Deutschland markierte. In der „Reichspost“ erschien daraufhin am 2. April ein Leitartikel, in dem die „große Geste“ der deutschen Reichsregierung prinzipiell begrüßt wurde. Allerdings müsse der im ganzen Reich so stürmisch zur Tat drängende Antisemitismus in „geordnete Bahnen“ gelenkt werden. „Gegen einen staatspolitisch geleiteten Antisemitismus in Deutschland“ würde die Propaganda des „Weltjudentums“ versagen, denn: „Die alte Methode, jede antisemitische Regung als ‚Pogrom‘, als ‚Kulturschande‘ zu denunzieren, verfängt heute nicht mehr.“ Ein „national und moralisch entwurzeltes, oft auch sittlich angekränktes Judentum“ habe jedes Maß verloren und müsse in

jene Grenzen zurückgewiesen werden, „die ihm nach seiner zahlenmäßigen Stärke gebühren“.⁵

Es ist nicht bekannt, ob dieser nicht gezeichnete Beitrag aus der Feder des Herausgebers und Chefredakteurs der „Reichspost“, Friedrich Funders, stammte. Auf keinen Fall war er gegen den Willen Funders in das Blatt geraten, der die Zeitung autoritär führte und gewohnt war, seine Meinung gegen jeden Widerstand von Redakteuren durchzusetzen. Der einstige enge Vertraute Ignaz Seipels hatte seit jeher großen Einfluss auf die Politik der Christlichsozialen. Mit Dollfuß verband ihn nach eigener Aussage eine „enge, vertrauensvolle Freundschaft“.⁶ Entgegen ihrer Selbstbezeichnung als „unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“ war die „Reichspost“ gerade in der Epoche 1933/34 ein verlässliches Sprachrohr der Regierungspolitik. Aus diesem Grund ist das Studium dieser Zeitung für das Verständnis der Entwicklung ab März 1933 so überaus erhellend.

Ein Beispiel: Am 11. April 1933 brachte die „Reichspost“ einen ausführlichen Bericht über eine Ansprache Kardinal Innitzers, in der sich dieser vor Exilukrainern über die Gefahren des Bolschewismus ergangen hatte. Resümierend hatte der Kardinal festgestellt: „Ohne Politik treiben zu wollen – was ja nicht ganz ungefährlich ist –, betone ich deshalb, dass uns jeder Mitkämpfer gegen den Bolschewismus willkommen ist.“⁷ Eine Aussage, die die „Reichspost“ in Sperrdruck setzte und in der Untertitelzeile hervorhob. So richtig würdigen kann man diese nur halb versteckte politische Botschaft erst, wenn man berücksichtigt, dass der Kardinal eine gute Woche vorher begrüßt hatte, „dass in unserem österreichischen Vaterlande tatkräftige katholische Männer an der Spitze des Staates den Kampf gegen die Bolschewisierung und Atomisierung der menschlichen Gesellschaft“ aufgenommen hätten.⁸ Mit den willkommenen „Mitkämpfern“ in diesem Kampf konnten unter den gegebenen Umständen nur die Nationalsozialisten gemeint sein. „Bolschewismus“ stand im Sprachgebrauch des Politischen Katholizismus keineswegs nur für die in Österreich unbedeutende Kommunistische Partei, sondern primär für die mächtige Sozialdemokratie.⁹

Die in die Dollfuß-Regierung eingebundene Fraktion der Heimwehr (Führung: Starhemberg) versuchte ihrerseits, mit den Nationalsozialisten einig zu werden. Am 10. März 1933 fand eine geheime Führertagung statt, in der Starhemberg erklärte, dass eine Einigung mit der NS-Bewegung notwendig sei, damit die Heimwehr nicht zugrunde gehe.¹⁰ Tatsächlich dürfte die Heimwehr daraufhin initiativ geworden sein, denn am 14. März 1933 verkündete die „Dözt“ in einem Aufmacher höhnisch: „Heimatschutz in Berlin – abgeblitzt!“ Am Vortag hätten der Salzburger Heimwehrführer Hueber und Heimwehr-Stabsleiter Pabst bei Minister Göring vorgesprochen und den Vorschlag unterbreitet, die NSDAP möge in die österreichische Regierung eintreten. Die österreichische NS-

Landesleitung lehne dies, hieß es, allerdings „rundweg“ ab, sondern fordere Neuwahlen und könne sich eine Zusammenarbeit nur mit „regierungsfähigen Parteien“ (also nicht der Heimwehr) in einem „etwaigen Wahlkabinett unmittelbar vor den Wahlen“ vorstellen.¹¹

Rund um den 20. März 1933 intervenierte der ungarische Außenminister Kánya bei Mussolini in Rom dafür, die österreichische Regierung „unter Umgehung von Wahlen“ weiterhin zu stützen. Auf der Rückreise traf Kánya in Wien mit Dollfuß zusammen, um diesen über die Gespräche zu informieren und die weiteren Pläne der österreichischen Regierung zu erfahren. Dollfuß erklärte Kánya, dass es sein wichtigstes Ziel sei, die Sozialdemokraten in die Knie zu zwingen. Deren Furcht, dass sich Dollfuß mit ihrem erbittertsten Feind, den Nationalsozialisten, verbünden könnte, sei seine stärkste Waffe. Daher würden die Sozialdemokraten die von ihm geplante Verfassungsreform letztlich nicht behindern. Da er aber nicht auf die Dauer an zwei Fronten kämpfen könne, würde er schließlich wohl einen Ausgleich mit den Nationalsozialisten suchen. Daraus schloss Kánya, dass Dollfuß über kurz oder lang mit einer „braun-schwarzen Koalition“ rechne.¹²

Unterrichtsminister Anton Rintelen führte im Laufe des Frühjahrs im Einvernehmen mit Dollfuß Verhandlungen mit dem Führer der österreichischen Nationalsozialisten. Habicht hätte ursprünglich nicht nur die „Anberaumung von Wahlen“ gefordert, sondern eine Umbildung der Regierung, bei der Anton Rintelen Kanzler werden sollte. Von dieser Bedingung habe er, Rintelen, Habicht aber abgebracht, weil sie den Erfolg der Verhandlungen gefährdet hätte.¹³ Auf dieses Konzept kam Habicht übrigens später wieder zurück: Der Putsch vom 25. Juli 1934 sollte eine Regierung unter der Kanzlerschaft Rintelens mit NS-Beteiligung bringen.

Ende März oder Anfang April 1933 fand im Unterrichtsministerium mit Wissen des Kanzlers eine „eingehende Besprechung“ zwischen hochrangigen Nationalsozialisten und Christlichsozialen statt.¹⁴ Den Vorsitz führte Rintelen, weiters nahmen der niederösterreichische Landeshauptmann Karl Buresch¹⁵, Justizminister Kurt Schuschnigg und für die Nationalsozialisten Landesinspekteur Theo Habicht und Landesleiter Alfred Proksch teil. Habicht machte den Vorschlag, eine Koalition aus Christlichsozialen und Nationalsozialisten zu bilden; allerdings müsse der Heimatschutz aus der Regierung ausgeschlossen werden, an dessen Stelle sollten NS-Minister treten. Eine weitere unabdingbare For-

derung sei die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen. Wie auch immer das Wahlergebnis wäre, sollte in jedem Fall Dollfuß auch nach der Wahl an der Spitze des Kabinetts stehen. Die christlichsozialen Funktionäre antworteten, dass Neuwahlen im Moment ausgeschlossen seien und ein Ausschalten des Heimatschutzes „aus Gründen der Loyalität“ nicht in Frage komme, worauf Habicht erwiderte, dass „der andere Partner seines Wissens in der Frage der Loyalität nicht so zimperlich“ sei (wie Schuschnigg sich 1937 mit einer gewissen Süffisanz erinnerte). Das Treffen endete ergebnislos.



NS-Aufmarsch 1932; vorne rechts Theo Habicht, „Landesinspekteur“ der österreichischen NSDAP

Der national eingestellte Salzburger Heimwehrführer und Ex-Justizminister Franz Hueber führte im Auftrag des Heimwehrführers Starhemberg am 5. April 1933 neuerliche Verhandlungen mit seinem Schwager Hermann Göring.¹⁶ Der Zeitpunkt dieses Treffens ist insofern interessant, als Reichsminister Göring und – unabhängig von diesem – Vizekanzler Papen kurz darauf eine Reise nach Rom antreten sollten, wie am selben Tag bekannt wurde.¹⁷

Römische Ostern

Am Dienstag vor Ostern, am 11. April 1933, flog Bundeskanzler Dollfuß seinerseits überraschend nach Rom, um an den „vaticanischen Osterzeremonien“ teilzunehmen und bei dieser Gelegenheit auch den „königlich italienischen Ministerpräsidenten Mussolini“ zu besuchen. Anton Rintelen hatte bei einer vorangegangenen „Urlaubsreise“ im Auftrag Dollfuß' bei Mussolini „vorgefühlt“.¹⁸ Die Presse verwies durchwegs vieldeutig darauf, dass Papen und Göring ebenfalls in Rom anwe-

send waren. Das „unter Vorzensur“ stehende sozialdemokratische „Kleine Blatt“ zitierte unter dem Titel „Wohin geht der Weg?“ auf der ersten Seite einen Bericht des britischen „Daily Herald“, der Zeitung der Labour Party. Demnach sei es Ziel der deutschen und italienischen Diplomatie, in Österreich eine Koalition zwischen Heimwehr und Nationalsozialisten zu stiften.¹⁹ Interessanterweise decken sich die Spekulationen weitgehend mit

treuen Verbündeten kann keine Rede sein, über ein gutes Verhältnis zum Reich lässt sich reden. Daraufhin unterließ Göring seinen Besuch.“²¹ Abschließend ließ Dollfuß anklingen, dass er demnächst nach Deutschland fahren wolle.

Diese Ankündigung des Kanzlers dürfte bei vielen Sitzungsteilnehmern auf beträchtlichen Unmut gestoßen sein. Als Erstes meldete sich der oberösterreichische Landespartei- und Parteichef Josef Aigner, der sich nach einigen ehrerbietigen Floskeln zunehmend in Fahrt redete. Eine Reise des Kanzlers nach Berlin würde „ein ungeheures Unglück“ bedeuten und „Unklarheit und Beunruhigung hervorrufen“, es sei ein „Canossagang“, eine „Verbeugung vor dem Hakenkreuz“. Die Diskussion ging weiter, verzettelte sich in Nebenaspekten, kehrte schließlich wieder zum Kern zurück. Parteichef Vaugoin forderte, den Regierungskurs gegen die Marxisten unbedingt zu halten, aber die Christlichsozialen müssten „absolut fest auch gegen den Nationalsozialismus“ bleiben. Dollfuß schaltete sich ein, stellte fest, dass er „einen Augenblick“ nicht



Die beiden Hauptprotagonisten der christlichsozialen Verhandlungen mit den Nationalsozialisten im Frühjahr 1933: Rintelen und Dollfuß

einem Bericht des deutschen Botschafters in Italien, Ulrich von Hassells, vom 20. April 1933 an das Berliner Auswärtige Amt. Mussolini habe Dollfuß für die Erhaltung eines unabhängigen Österreich den Rücken gestärkt, ihm aber einen verstärkten Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgetragen. Zu diesem Zweck solle so schnell wie möglich ein „enges Einvernehmen zwischen Christlichsozialen, der Heimwehr und den Nationalsozialisten“ hergestellt werden.²⁰

Am 20. April 1933 fand eine Sitzung des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei statt. Bundeskanzler Dollfuß berichtete ausführlich über seine Reise und seine Begegnungen mit dem Papst, mit Mussolini und dem deutschen Vizekanzler Papen. Anscheinend hatte auch Hermann Göring Dollfuß treffen wollen und diesem via Papen und Suvich im Voraus ausrichten lassen, dass die Christlichsozialen und Nationalsozialisten in Österreich koalieren und anschließend Neuwahlen ausschreiben sollten. „Ich habe dem Suvich gesagt: Wenn Sie den Göring früher sehen sollten ... Ein Ausschalten der zwei Parteien, die zu mir gehalten, kommt nicht in Betracht. Neuwahlen sind ausgeschlossen. Wenn die Nazi als viertes Glied unter Ausschluss ihrer Bedingungen ... Ich ließ durch Suvich Göring sagen, auch im politischen Leben muss Treu und Glauben gelten, von einem Hinauswerfen der

gewusst habe, ob er nicht „zwischen Mühlsteine“ geraten sei, aufgrund der Unterstützung durch Mussolini aber außenpolitisch nunmehr den Rücken frei habe. Die Regierung werde selbstverständlich jederzeit auch den Nationalsozialismus bekämpfen, nicht nur die „Sozi“. Noch einmal ergriff Josef Aigner das Wort und donnerte (so kann man sich das zumindest ausmalen) in den Saal: „Das versteckte Packeln mit den Nazi einstellen. Bis zum Kardinal!“²²

In der Diskussion im Klubvorstand zeigte sich die vehemente Ablehnung, die viele christlichsoziale Führer gegen eine Annäherung an Hitlerdeutschland oder gar eine Hereinnahme der NSDAP in die Regierung hegten. Denn genau genommen hatte Dollfuß sich nicht explizit von einem Zusammengehen mit den Nationalsozialisten distanziert, sondern unausgesprochen eingeräumt, dass er diese an der Regierung beteiligen würde, sollten sie von ihren ursprünglichen Forderungen abgehen. Dem ungarischen Gesandten Nelky lieferte Dollfuß tatsächlich eine um eine Spur deutlichere Variante als seinen Parteifreunden: Er, Dollfuß, habe in seinem Gespräch mit Suvich über das Angebot Görings abschließend angemerkt, dass man über den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung reden könne, sollten diese auf die Neuwahlforderung verzichten.²³



Theo Habicht

Dollfuß und Habicht

Am 23. April 1933 errangen die Nationalsozialisten bei den Gemeinderatsergänzungswahlen in Innsbruck mit 41 Prozent einen überragenden Sieg. Die „Dözt“ als Sprachrohr des NS-Führers Theo Habicht richtete daraufhin einen direkten Appell an Dollfuß und die Christlichsozialen: „Heraus aus der unseligen Verbindung mit dem Heimatschutz des Fürsten Starhemberg, der nach dem endgültigen Zusammenschluss zwischen NSDAP und Steirischem Heimatschutz rettungslosem Untergang verfallen ist. Ende des jetzigen Kurses und Bildung einer Regierung mit jenen Kräften, die das erwachende Deutschtum in Österreich um seine Fahnen geschart haben.“²⁴

Wie ein politischer Insider, Landbund-Vizekanzler Franz Winkler, berichtet, gab es „noch im Mai“ eingehende Besprechungen zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten. Demnach betrauten die Christlichsozialen ein regelrechtes „Komitee, bestehend aus Vaugoin, Buresch und Rintelen“, mit der Führung der Gespräche.²⁵ Diese Datierung ist möglicherweise ein Irrtum, denn die bereits erwähnte Verhandlungsrunde zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten fand ungefähr Ende März oder Anfang April statt. Und zu ihrem ersten direkten Gespräch dürften sich Dollfuß und Habicht rund um den 27. April, zum zweiten Gespräch am 4. Mai 1933 getroffen haben. Dass es danach bis zum NS-Betätigungsverbot (19. Juni 1933) noch weitere Verhandlungen gegeben hätte, ist unwahrscheinlich.

Am Nachmittag des 3. Mai 1933 berichtete Engelbert Dollfuß dem Klubvorstand der Christlichsozialen Partei in einer „vertraulichen Aussprache“ ausführlich von der ersten Unterredung mit Theo Habicht, die von einem „Freund“ vermittelt worden sei.²⁶ Bereits vor ihm hätten zwei Vorstandsmitglieder mit seinem Einverständnis Gespräche mit Nationalsozialisten geführt. Habicht trug die Forderungen vor, die bereits aus dem Gespräch im Unterrichtsministerium und aus der Zeitung bekannt waren: „Koalition unter Führung der Christlichsozialen“, Ausschaltung des Heimatblocks und des Landbundes, die „keine politische Realität“ mehr seien, „im Herbst Wahlen“. Dieser Wahlkampf würde seitens der Nationalsozialisten nicht gegen die Christlichsozialen, „sondern gegen die anderen Parteien und die Sozi“ geführt werden. „Ein Nazi-Kanzler außenpolitisch schwer tragbar, daher ein Christlichsozialer.“²⁷ Das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich würde wesentlich von diesem Verhältnis der beiden Parteien abhängen.

Nach dieser knappen Darstellung erging sich Dollfuß in Reflexionen über mögliche Reaktionen auf das Angebot der Nationalsozialisten. Zuerst kam er zu dem Schluss, dass das Angebot auf Koalition, „so freundlich es für die Christlichsozialen aussehen möge“, nicht in Frage komme. Aber wie diese Ablehnung begründen? Erstens könne man antworten, dass „ein Ausscheiden der beiden Gruppen, die in schwerer Zeit zu uns gehalten haben“, nicht in Frage komme. Diese Antwort schlage er vor. Oder zweitens: „Dass Neuwahlen nicht in Frage kommen. Wenn die NS bereit sind, zur Stärkung des antimarxistischen Kurses einzutreten, dass man unter Umständen diskutieren könnte. Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut, sondern sozusagen Bedingungen stellen: Verstärkung des antimarxistischen Kurses ja, aber ... Das wollte ich wesentlich mitteilen, ist für weitere Entwicklung und spätere Beurteilung nicht unwesentlich.“²⁸

„Die braune Welle können wir nur auffangen, wenn wir das, was die Nazi versprechen und in Deutschland getan haben, selber machen“

Die von Dollfuß vorsichtig angedeutete Möglichkeit einer Koalition mit den Nationalsozialisten stieß in der nachfolgenden Aussprache auf vehemente Ablehnung durch christlichsoziale Parteigrößen. Leopold Kunschak etwa sagte „dreimal Nein!“ und erklärte, sich im Kampf gegen den Nationalsozialismus „selbst mit dem Teufel in Verbindung“ zu setzen.²⁹

Der Historiker Walter Goldinger kam angesichts der gewundenen Erklärung Dollfuß' zu dem Schluss, dieser habe einen „Zickzackkurs“ eingeschlagen, der auch in eine ganz andere Richtung hätte führen können als der später

gegangene Weg. Nur bei dieser einen Sitzung sei dem christlichsozialen Klubvorstand tatsächlich eine entscheidende Rolle zugekommen, weil er Dollfuß „deutlich bremste, zu den Nationalsozialisten Brücken zu schlagen“.³⁰ Für Anton Staudinger war dies das letzte Mal, dass ein christlichsoziales Parteigremium die Regierungspolitik Dollfuß’ „ausschlaggebend beeinflusste“. Danach habe er sich Entscheidungshilfen nur noch dort geholt, wo seiner Politik keine Bedenken entgegengebracht wurden.³¹

Es ist wahrscheinlich, dass die ambivalente Haltung Dollfuß’ gegenüber den Nationalsozialisten dazu beitrug, dass dieser am nachfolgenden Salzburger Parteitag der Christlichsozialen nicht zum Parteivorsitzenden nominiert wurde. Eine Passage aus der Rede Dollfuß’ auf dem Parteitag belegt die antinazistische Stimmung in weiten Teilen der höheren und mittleren Führungsebene der CSP. Dollfuß: „Wer zur Durchsetzung seiner innerpolitischen Ziele und in parteipolitischen Interesse gegen die verfassungsmäßige Regierung sich des Auslandes bedient, begeht Hochverrat. [...] Ich hoffe, dass diesen Satz auch Herr Seitz und Herr Bauer lesen.“ Daraufhin verzeichnete die „Reichspost“ demonstrativen Beifall und Rufe aus der Zuhörerschaft: „Auch die Nationalsozialisten!“³² Dollfuß empfand seine Nichtnominierung und die reservierte Aufnahme seiner Rede als Kränkung, worauf er die Gründung der bereits länger geplanten Vaterländischen Front als „patriotische Sammelbewegung“ beschleunigt vorantrieb.³³

„Denn das, was im Nationalsozialismus und in seinen Ideen gut und gesund ist, das ist altes christlichsoziales Programm“

Noch vor dem Parteitag war es am Donnerstag, dem 4. Mai 1933, zum zweiten Gespräch zwischen dem Kanzler und dem Landesinspekteur gekommen. Diese Datierung ergibt sich aus der Angabe Habichts, sein zweiter Besuch beim Kanzler hätte an dem Tag stattgefunden, an dem die „Reichspost“ die „Lüge über den SA-Einfall in Tirol brachte“.³⁴ Dollfuß habe Habicht, der sich über diese Meldung („Abenteuerliche Pläne an der bayrischen Grenze“³⁵) beschwerte, Recht gegeben und ein amtliches Dementi veranlasst. Tatsächlich erschien am 5. Mai in der „Wiener Zeitung“ eine Meldung, dass der halbamtlichen „Politischen Korrespondenz“ von „informierter Seite“ mitgeteilt worden sei, dass es sich „hier offensichtlich um Gerüchte handelt, die durch gewisse Äußerungen österreichischer nationalsozialistischer Führer in den letzten Tagen hervorgerufen wurden“.³⁶

Laut Habicht sei Dollfuß im zweiten Gespräch grundsätzlich positiv eingestellt gewesen, habe aber noch mehr

Zeit „zur Vorbereitung der Verfassungsreform und zur Reorganisation der christlichsozialen Partei“ gefordert,³⁷ was sich (in Bezug auf die „Verfassungsreform“) übrigens voll mit der Strategie deckt, die Dollfuß in einer Aussprache mit dem ungarischen Außenminister Ende März skizziert hatte.³⁸ Mit „Reorganisation“ war wohl der Aufbau der Vaterländischen Front gemeint. So gesehen scheint die Aussage Habichts bezüglich des Gesprächsergebnisses (das Dollfuß ganz anders darstellte) durchaus glaubwürdig.

Als am 8. Mai 1933 die bevorstehende Reise des bayrischen Justizministers Hans Frank und weiterer führender NS-Funktionäre nach Österreich bekannt wurde, sprach die „Reichspost“ sogleich von einem „unerwünschten Besuch“.³⁹ Trotz der sich bereits ankündigenden Eskalation im Verhältnis zu Deutschland finden sich in einer Polemik der „Reichspost“ vom 11. Mai einige bemerkenswerte Passagen, aus denen hervorgeht, dass nicht alle Brücken abgebrochen werden sollten. Da hieß es, das Schicksal des gesamten deutschen Volkes sei heute „sehr eng“ mit dem Schicksal des nationalsozialistischen Regimes verbunden. „Aus diesem Grund wünschen wir der nationalsozialistischen Bewegung im Reich eine rasche Stabilisierung und einen durchgreifenden Erfolg.“ Aber die Regierung in Wien sei „nicht um ein Haar weniger deutsch“ als die Regierung in Berlin.⁴⁰

In den Besprechungen zwischen Dollfuß und Habicht war volle Vertraulichkeit vereinbart worden. Allerdings, so Habicht in einem Brief an Dollfuß vom 29. Mai 1933, hätten führende Christlichsoziale sowie politisch Nahestehende über diese Besprechungen öffentlich völlig falsche Darstellungen verbreitet, nämlich dass die Nationalsozialisten regelrecht um eine Koalition „gebettelt“ hätten. Aus diesem Grund sehe er sich zu einer „Richtigstellung“ veranlasst.⁴¹

Am 30. Mai 1933 fand im „Adolf-Hitler-Haus“ in Wien eine Pressekonferenz statt, über die die „Dözt“ am 31. Mai in großer Aufmachung berichtete. Während der vergangenen Monate hätten, so Habicht, häufig Aussprachen stattgefunden, wobei die Initiative von den Christlichsozialen ausgegangen sei. Diese wären einer Koalition „grundsätzlich nicht abgeneigt“ gewesen, sogar Landbund und Heimatblock hätten versucht, sich einzuschalten. Aufgrund ständiger Verschleppungen habe Habicht schließlich auf direkte Gespräche mit Dollfuß gedrängt und diesen auch zweimal getroffen. Dollfuß habe sich ebenfalls grundsätzlich positiv, aber abwartend geäußert. Danach hätten aber jene Gruppen eingegriffen, die dabei „unter den Tisch gefallen“ wären, und es sei der „hundertprozentige Kurswechsel“ erfolgt. Der „gegenwärtige innenpolitische Machtkampf“ sei darauf zurückzuführen, dass sich innerhalb der Christlichsozialen Partei „schwere Kämpfe“ zwischen einer NS-freundlichen und einer antinazistischen Richtung abspielten.⁴²

Bundeskanzler Dollfuß lancierte daraufhin über die halbamtliche „Politische Korrespondenz“ eine Erwide-



„Türkenbefreiungsfeier“ in Schönbrunn am 14. Mai 1933. Am Mikrophon Engelbert Dollfuß, dahinter Ernst Rüdiger von Starhemberg

rung. Als Vermittler der Unterredungen nannte er Unterrichtsminister Rintelen. Dollfuß habe dem „Ersuchen“ des Reichstagsabgeordneten Habicht schließlich Rechnung getragen und diesen zweimal empfangen. Habichts „ganz einseitiges Angebot“ habe er abgelehnt.⁴³ Anton Rintelen war übrigens rund eine Woche vor dem Aufliegen der Angelegenheit als Unterrichtsminister zurückgetreten, und zwar laut Eigendarstellung aufgrund des Scheiterns der Verhandlungen und in Absprache mit Theo Habicht.⁴⁴

Eine weitere regierungsseitige „Erwiderung“: In ganz Österreich fanden einen Tag nach den Enthüllungen Habichts (also am 31. Mai 1933) Hausdurchsuchungen in Parteilokalen der NSDAP statt. In Linz wurde die Wohnung von Theo Habicht im „Braunen Haus“ zweimal durchsucht. Am 1. Juni 1933 trat die am 27. Mai 1933 von Hitlers Reichskabinett verkündete Tausendmarksperr in Kraft. Die Lage eskalierte vollends.

Dollfuß und die Nazis – Resümee

Das Interesse der Nationalsozialisten an einem Regierungseintritt im Frühjahr 1933 war beträchtlich. Mit Zugriff auf die staatlichen Machtmittel, die sie ungehemmt für die eigenen Interessen einzusetzen gedachten, gestärkt durch ein gutes Wahlergebnis, nach Vernichtung ihres einzigen entschlossenen Gegners, der Sozialdemokratischen Partei, das übermächtige Deutsche Reich hinter sich – unter diesen Umständen wäre ähnlich wie in Deutschland die ungeteilte Macht rasch mehr und mehr den Nationalsozialisten zugefallen. Ebenso verständlich ist, dass die NSDAP kein Interesse daran haben konnte,

gemeinsam mit der Heimwehr und dem Landbund in einer Regierungskoalition zu sitzen. Die Anhänger dieser beiden Gruppierungen waren bereits zu einem beträchtlichen Teil im NS-Lager gelandet oder würden demnächst überlaufen. Anders stand es mit den Christlichsozialen. Die Nationalsozialisten wussten – nicht zuletzt aus ihren Erfahrungen in Deutschland –, dass sie die christlichsozialen Kernmilieus im katholischen Österreich in freien, geheimen, gleichen Wahlen nicht gewinnen konnten.⁴⁵

Trotzdem fürchteten die Christlichsozialen vor allem Neuwahlen, bei denen sie selbst Verluste und die Nationalsozialisten Gewinne zu erwarten hatten. Wären die Nationalsozialisten von den Neuwahlforderungen

abgerückt, wäre eine Regierungsbeteiligung möglich gewesen, vielleicht sogar unter Ausbootung der Heimwehr und des Landbundes. Im Frühjahr 1933 war noch keinesfalls festgeschrieben, dass Dollfuß nicht doch eher auf die Hitler- statt auf die Mussolini-Karte setzen würde.

In erster Linie ging es Dollfuß um die „Überwindung“, letztlich Vernichtung des Marxismus, also der österreichischen Sozialdemokratie und des von ihr angehäuften „Revolutionsschuttes“. Die Nationalsozialisten hätte er gerne als Bündnispartner für diesen Kampf gewonnen und glaubte fest daran, diese im Falle einer Regierungsbeteiligung neutralisieren zu können. Dollfuß am 25. März im christlichsozialen Klubvorstand: „Die braune Welle können wir nur auffangen, wenn wir das, was die Nazi versprechen und in Deutschland getan haben, was ohnehin gemildert wird durch verschiedene Richtungen bei uns, selber machen, nur dann wird es gelingen, einem Großteil der Sozi-Mitglieder beizubringen, dass sie keine Macht mehr haben und werden weggehen von den Sozi.“⁴⁶

In der Öffentlichkeit sprach er nur wenig anders als in vertraulichen Sitzungen. So am 13. März auf einer Parteiveranstaltung in Wien: „Ich bin der Meinung, dass man die nationalsozialistische Bewegung nicht damit bekämpfen kann, dass man unter Rückendeckung der Sozialdemokraten den Nationalsozialismus mit allen Mitteln der Technik und der Schikane bekämpft. Denn das, was im Nationalsozialismus und in seinen Ideen gut und gesund ist, das ist altes christlichsoziales Programm, das aber, was beim Nationalsozialismus hohle Phrase und Demagogie ist, das interessiert uns nicht.“⁴⁷ Das hieß vor allem eines:



Aufmacher der „Dötz“ vom 31. Mai 1933

ganz bestimmt nicht gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus. Diese ihm von den sozialdemokratischen Führern vom März 1933 bis Februar 1934 deutlich, geradezu verzweifelt signalisierte Option⁴⁸ verwarf er umstandslos.

Im Gegenteil: Aufgrund des gemeinsamen Feindes Marxismus ergäbe sich für Katholiken die „Pflicht zur positiven Mitarbeit“ an dem von Hitler geführten Kampf, wie den Lesern der „Reichspost“ „von besonderer Seite“ – vermutlich deutscher, möglicherweise kirchlicher – am 25. April mitgeteilt wurde.⁴⁹

„Wenn die NS bereit sind, zur Stärkung
des antimarxistischen Kurses
einzutreten, dass man unter
Umständen diskutieren könnte“

Bei einer Rede Dollfuß' in Wien Anfang April 1933 fiel ein Wort, das aufhorchen lässt: „Wir haben am 15. Juli 1927 ein kleines Beispiel davon gesehen, was der jüdische Marxismus beabsichtigt.“⁵⁰ – Jüdischer Marxismus? Antisemitismus und Antimarxismus waren wichtige Antriebskräfte des Politikers Engelbert Dollfuß.⁵¹ Da soll es keine gemeinsamen Schnittmengen mit den Nationalsozialisten gegeben haben? Denn Dollfuß war alles andere als ein „prinzipieller“ Gegner des Nationalsozialismus, zu dem ihn ÖVP-nahe Historiker stilisieren möchten.⁵² Das war er allein schon aufgrund seiner politischen Sozialisation

nicht, die er neben dem Priesterseminar, dem Cartellverband, der Deutschen Studentenschaft und dem niederösterreichischen Bauernbund auch in der Deutschen Gemeinschaft erfahren hatte, einer nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen, logenähnlich organisierten, gegen Marxismus, Liberalismus, Freimaurertum und Judentum gerichteten Geheimgesellschaft, der viele spätere Nationalsozialisten wie etwa Arthur Seyß-Inquart angehörten.⁵³ Von den Nationalsozialisten trennte Dollfuß allerdings deren „Gottlosigkeit“ und anarchische, rücksichtslose Gewalttätigkeit und Radikalität.

Was hatte Dollfuß im Mai 1933 davon abgehalten, weiter in Richtung einer Koalition mit der NSDAP zu gehen? Erstens hatte die von den Nazis geschürte Eskalation

lation weitere Verhandlungen vorläufig unmöglich gemacht. Dazu kamen die wachsenden Widerstände der Heimwehr, die sich selbst die Möglichkeit eines exklusiven Deals mit Hitler offen halten wollte. Zudem war da die strikt ablehnende Haltung einflussreicher christlichsozialer Führer, denn die „Gleichschaltung“ des von der katholischen Bayerischen Volkspartei regierten Freistaates Bayern am 9. März 1933 hatte vielen zu denken gegeben und ihr Misstrauen geweckt.⁵⁴

Manche christlichsozialen Parteigrößen hätten sich 1933 selbst „mit dem Teufel“ gegen den Nationalsozialismus verbündet. Engelbert Dollfuß gehörte nicht zu ihnen. Im Gegenteil: Er war einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten keineswegs grundsätzlich abgeneigt. Sein Bestreben, sich die NS-Option ernstlich offen zu halten, war im Frühjahr 1933 unverkennbar, wie gezeigt wurde. Und mehr noch: Diese Bemühungen setzte er auch nach dem Betätigungsverbot für die NSDAP unentwegt und hartnäckig fort. Dass es letztlich zu keiner Annäherung und Zusammenarbeit kam, liegt primär an der unflexiblen, brutalen Politik der österreichischen Nationalsozialisten. Hitler dürfte später eingesehen haben, dass diese Politik verfehlt und kontraproduktiv war, denn 1936 erklärte er dem Semi-Nazi in der österreichischen Regierung, Edmund Glaise-Horstenau: „Es war mein größter Fehler, dass ich mich seinerzeit nicht mit Starhemberg oder Dollfuß ausgeglichen habe.“⁵⁵

Dollfuß war innerparteilich immer in Opposition zum führenden christlichsozialen Politiker der Zwischenkriegszeit, Ignaz Seipel, gestanden. Trotzdem kann man Dollfuß

in vielem als dessen Nachfolger als Führer des Politischen Katholizismus ansehen. Und in seinem ambivalenten Verhältnis zum Nationalsozialismus muss man Dollfuß geradezu als Erben Seipels bezeichnen. Bereits 1927 hatte Prälat Seipel den deutschen Zentrumsführern – zu deren Entsetzen – empfohlen, die Nationalsozialisten in die Regierung zu nehmen. Nach dem ersten großen Wahlsieg der Nazis im Reichstag geworden waren, hatte er wiederum ein „Zusammengehen“ mit den Nationalsozialisten angeraten, um die antimarxistische Front zu stärken. Seipels Biograf Klemens von Klemperer bezweifelt, dass der im August 1932 verstorbene Seipel jemals zu einer „richtigeren Beurteilung des Nationalsozialismus“ gefunden hat.⁵⁶

Nichts ist der bis heute eifrig betriebenen christlichsozial-konservativen Mythenbildung rund um Dollfuß abträglicher als die Tatsache, dass dieser laufend – bis wenige Tage bevor er im Bundeskanzleramt in das Schussfeld eines Naziputschisten geriet – versucht hatte, mit den Nationalsozialisten selbst oder mit angeblich gemäßigten Nationalen ins Geschäft zu kommen. Kurt Schuschnigg, Dollfuß' Nachfolger, setzte dessen Versuche umstandslos fort. Das fatale deutsch-österreichische Abkommen vom 11. Juli 1936 war keineswegs ein Bruch, sondern die konsequente Fortsetzung von Dollfuß' Politik. So gesehen verläuft die Unheilslinie des zweifelhaften, ambivalenten, letztlich verhängnisvollen Umgangs mit der nationalsozialistischen Bedrohung von Seipel über Dollfuß zu Schuschnigg.

Wie in Deutschland bedurfte es auch in Österreich der Kollaboration der traditionellen Eliten, um dem Nationalsozialismus den Weg zu ebnen. Ein vom Dollfuß-Schuschnigg-Regime selbst – halb freiwillig, halb durch die selbst mitzuverantwortenden Umstände gezwungen – nach und nach in die Zentralstellen der Macht gehievtes bürgerlich-konservativ-katholisch-nationalistisches Netzwerk lieferte Österreich schließlich im März 1938 an Hitler aus. ♦

Anmerkungen

1 Dötz, 23. Februar 1933, S. 1. u. 2.

2 Lajos Kerekes: „Neue Aktenfunde zu den Beziehungen zwischen Hitler und Dollfuß im Jahr 1933“. In: *Acta historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 18. Budapest 1972. S. 150–159. Vgl. weiters OTTO LEICHTER: *Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam.* Wien u. a. 1964, S. 161.

3 Am ausführlichsten und präzisesten bei Anton Staudinger: „Christlichsoziale Partei und Errichtung des „Autoritären Ständestaates“ in Österreich“. In: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hg.): *Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938.* Wien 1975, S. 65–81.

4 Reichspost, 24. März 1933, S. 1 f. Bereits am 22. März 1933 hatte sich die „Reichspost“ im Leitartikel auf Seite 1 deutlich positiv über den „Tag von Potsdam“ geäußert, wo in Hitlers Rede von der „Reichspost“ unausgesprochen gutgeheißen „verfassungspolitische Pläne“ erkennbar geworden seien – nämlich die „Abschaffung des Parteienparlamentes“ und die „Errichtung ständischer Vertretungskörper“.

5 Reichspost, 2. April 1933, S. 1 f.

6 HEDWIG PFARRHOFER: *Friedrich Funder. Ein Mann zwischen Gestern und Morgen.* Graz/Wien/Köln 1978, S. 15, 137, 176 und passim.

7 Reichspost, 11. April 1933, S. 3.

8 Reichspost, 3. April 1933, S. 2.

9 Vgl. zum Bolschewismusbegriff des Politischen Katholizismus beispielsweise den Leitartikel in der „Reichspost“ vom 3. April 1934, S. 1, wo das sozialdemokratisch regierte Wien als „Vorwerk des zum Bolschewismus degenerierten Moskowitertums“ bezeichnet wird. – Über die „verzerrenden Ängste des Politischen Katholizismus“ siehe Ernst Hanisch: „Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofascismus““. In: EMMERICH TALOS/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hg.): *Austrofascismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938.* Wien 2005, S. 74. Hanisch verweist allerdings auch auf die „prinzipielle Anti-NS-Haltung“ der österreichischen Bischöfe von 1933 bis 1938 (S. 73 f.).

10 Staudinger (wie Anm. 3), S. 74.

11 Dötz, 14. März 1933, S. 1.

12 LAJOS KERÉKES: *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr.* Wien/Frankfurt/Zürich 1966, S. 136 f.

13 ANTON RINTELEN: *Erinnerungen an Österreichs Weg. Versailles – Berchtesgaden – Großdeutschland.* München 1941, S. 215 f.

14 KURT SCHUSCHNIGG: *Dreimal Österreich.* Wien 1937. S. 240–242. – Rintelen (wie Anm. 13), S. 216. Schuschnigg (S. 240) datiert das Gespräch vage auf „Frühjahr 1933“; nach Ross (DIETER ROSS: *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934.* Hamburg 1966, S. 34) könnte man schließen, es hätte Anfang Mai 1933 stattgefunden; laut Staudinger (wie Anm. 3), S. 74, war es aber „vermutlich Ende März oder in den ersten Apriltagen“. Einer Stellungnahme Dollfuß' und einer Andeutung Kunschaks im christlichsozialen Klubvorstand vom 6. April 1933 kann man entnehmen, dass die Verhandlungen zu diesem Zeitpunkt bereits stattgefunden hatten. Siehe dazu WALTER GOLDINGER (Hg.): *Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934.* Wien 1980, S. 217 f. u. 224.

15 Laut Schuschnigg (wie Anm. 14), S. 240, hatte sich Buresch bereits vorher im Auftrag Dollfuß' in mündlichen Aussprachen mit der NS-Führung auseinandergesetzt. Laut Staudinger (wie Anm. 3), S. 74, war das Gespräch über Verbindung des niederösterreichischen NS-Gauleiters Leopold zu Landeshauptmann Buresch zustande gekommen.

16 FRANZ WINKLER: *Die Diktatur in Österreich.* Zürich/Leipzig 1935, S. 54. Vgl. auch die Ausführungen Dollfuß' vor dem christlichsozialen Klub am 20. April 1933 (Goldinger [wie Anm. 14], S. 227 f.).

17 Reichspost, 6. April 1933, S. 4.

18 Rintelen (wie Anm. 13), S. 214.

19 Das Kleine Blatt, 12. April 1933, S. 1; diese Spekulationen lassen sich auch den vagen Äußerungen Dollfuß' vor dem christlichsozialen Klub am 20. April 1933 (Goldinger [wie Anm. 14], S. 228) entnehmen.

20 Zitiert nach Ross (wie Anm. 14), S. 31.

21 Goldinger (wie Anm. 14), S. 229.

22 Goldinger (wie Anm. 14), S. 233–239.

23 Kerekes (wie Anm. 12), S. 138.

24 Dötz, 24. April 1933, S. 1.

25 Winkler (wie Anm. 16), S. 54.

26 Das Protokoll der gesamten Sitzung, die am 3. Mai 1933 von 15.30 bis 18 Uhr stattfand, findet sich bei GOLDINGER (wie Anm. 14), S. 241–251.

27 Goldinger (wie Anm. 14), S. 241.

28 Goldinger (wie Anm. 14), S. 242.

29 Goldinger (wie Anm. 14), S. 247.

30 Goldinger (wie Anm. 14), S. 15 (Einleitung).

31 Staudinger (wie Anm. 3), S. 77.

32 Reichspost, 7. Mai 1933, S. 5. Der Hinweis auf Seitz und Bauer war offensichtlich auf die „Hirtenberger Waffenaffäre“ gemünzt.

33 Winkler (wie Anm. 16), S. 54. Vgl. weiters: HELMUT WOHNOUT: Regierungsdictatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich. Wien/Köln/Graz 1993, S. 80. – ROBERT KRIECHBAUMER: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945. Wien/Köln/Weimar 2001, S. 291.

34 Dötz, 31. Mai 1933, S. 3. Die erste Besprechung mit Dollfuß hatte Habicht zufolge „ungefähr eine Woche“ vorher stattgefunden (also rund um den 27. April).

35 Aufmacher der „Reichspost“ vom 4. Mai 1933.

36 Wiener Zeitung, 5. Mai 1933, S. 5.

37 Dötz, 31. Mai 1933, S. 3.

38 Kerekes (wie Anm. 12), S. 137: „So lange aber die Verfassungsreform noch nicht unter Dach und Fach sei, könne er mit ihnen nicht handelseinig werden, weil er damit seine stärkste Waffe gegen die Linke aus der Hand geben würde. Sollte der Plan jedoch nicht gelingen, so würde er, da er nicht an zwei Fronten kämpfen könne, einen Ausgleich mit den Nationalsozialisten versuchen.“

39 Reichspost, 9. Mai 1933, S. 1.

40 Reichspost, 11. Mai 1933, S. 3.

41 Brief von Theo Habicht an Bundeskanzler Engelbert Dollfuß vom 29. Mai 1933; im Faksimile abgedruckt bei GERHARD JAGSCHITZ: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz/Wien/Köln 1976, S. 58 f.

42 Dötz, 31. Mai 1933, S. 1 u. 3.

43 Wiener Zeitung, 1. Juni 1933, S. 4. – Reichspost, 1. Juni 1933, S. 3. In einer „Erwiderung“ beharrte Habicht auf seiner Darstellung, fügte aber keine neuen Fakten hinzu (Dötz, 1. Juni 1933, S. 2).

44 Rintelen (wie Anm. 13), S. 219. – Ein ähnlicher Fall: Handelsminister Guido Jakoncig, Vertreter der Heimwehr in der Regierung Dollfuß, gab 1942 an, der österreichischen Regierung nur so lange angehört zu haben, „als die Frage, ob Österreich mit dem Deutschen Reich zusammengehen solle, noch nicht entschieden war“. Am 10. Mai 1933 sei er aus der Regierung ausgetreten, weil er feststellen habe müssen, dass ein „Abschwenken der Regierung Dollfuß in einen deutschfeindlichen Kurs“ erfolgt sei. 1934 empfing der „Führer“ höchstpersönlich Jakoncig, um ihm „einen Auftrag zur Vermittlung“ zu erteilen. 1940 wurde Jakoncig Mitglied der NSDAP (Bundesarchiv Berlin, Politische Korrespondenz, Mikrofilm F0150, Jakoncig, Guido, 27. 5. 1895).

45 JÜRGEN FALTER: Hitlers Wähler. München 1991, S. 169–193. In Deutschland erwies sich der Katholizismus als „starker Resistenzfaktor“ gegenüber der NSDAP. – DIRK HÄNISCH: Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien/Köln/Weimar 1998. Hänisch kommt zum Schluss, dass „auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich die österreichische NSDAP aus alleiniger Kraft heraus kaum in der Lage gewesen wäre, in absehbarer Zeit die politische Hegemonie“ in Österreich zu erringen (S. 403). – Vgl. weiters FRANZ SCHAUSBERGER: Ins Parlament, um es zu zerstören. Die Nationalsozialisten in den österreichischen Landtagen 1932/33. Wien/Köln/Weimar 1995. Schausberger schätzt, dass die NSDAP bei Nationalratswahlen kaum mehr als zwanzig Prozent der Stimmen erzielt hätte (S. 192).

46 Goldinger (wie Anm. 14), S. 215.

47 Reichspost, 14. März 1933, S. 3.

48 Vgl. dazu beispielsweise Karl Haas: „Das Ende des Austromarxismus. Sozialdemokratische Politik 1933/34“. In: ERICH FRÖSCHL/MARIA MESNER/

HELGE ZOITL (Hg.): Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich. Wien 1990, S. 421–442.

49 Reichspost, 25. April 1933, S. 1 f. Am 21., 23. und 25. April 1933 erschienen in der „Reichspost“ drei Leitartikel „von besonderer Seite“, die in Berlin verfasst und mit „R. K. F.“ gezeichnet waren.

50 Reichspost, 3. April 1933, S. 2.

51 Zu Dollfuß' Antisemitismus siehe Helmut Wohnout: „Die Janusköpfigkeit des autoritären Österreich. Katholischer Antisemitismus in den Jahren vor 1938“. In: Geschichte und Gegenwart, 13. Jg., Nr. 1, 1994, S. 3–16, hier S. 5, Anm. 6. Dollfuß war demnach als Studentenfunktionär in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg „aktiv an antisemitischen Aktivitäten“ beteiligt gewesen, soll sich aber als Bundeskanzler „jeder auch nur ansatzweise als antisemitisch interpretierbaren Aktivität oder Äußerung“ enthalten haben, was – wie das Zitat aus der „Reichspost“ belegt – zumindest zu bezweifeln ist.

52 So beispielsweise Kriechbaumer (wie Anm. 33), S. 317, auf Basis eines Zitats aus einer NS-Jubelbroschüre aus 1940.

53 Zur Deutschen Gemeinschaft siehe WOLFGANG ROSAR: Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Wien/Frankfurt/Zürich 1971, S. 29–37.

54 Vgl. beispielsweise eine Rede, die CSP-Parteichef Vaugoin Mitte März hielt: Er habe stets „das Gute am Nationalsozialismus anerkannt“, aber mit dem „Schicksal Bayerns vor Augen“ wolle man nicht, „dass unser Österreich eine Kolonie werde“ (Reichspost, 19. März 1933, S. 2. u. 3).

55 Zit. n. WALTER WILTSCHEGG: Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? Wien 1985, S. 212.

56 KLEMENS VON KLEMPERER: Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit. Graz/Wien/Köln 1976. (Zu Seipels Stellungnahmen zum Nationalsozialismus S. 324–328; zu Seipels Verhältnis zu Dollfuß S. 335–337.)



Kurt Bauer

Geboren 1961 in St. Peter am Kammerberg, Steiermark. Schriftsetzerlehre, Ausbildung zum Reproduktions- und Drucktechniker. Studium der Geschichte an der Universität Wien, Dr. phil. Historiker, Verlagslektor. Sein Buch „Elementar-Ereignis“, erschienen 2003 im Wiener Czernin Verlag, befasst sich mit dem Putsch der Nazis 1934 und wurde mit dem „Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch“ ausgezeichnet. Zuletzt

herausgekommen: „Bauernleben. Vom alten Leben auf dem Land“ (Böhlau Verlag, 2. Auflage 2005). Arbeitet derzeit am Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft an einem Forschungsprojekt über die Sozialstruktur der illegalen NS-Bewegung in Österreich 1933–1938.